

# WER BEKOMMT DIE RECHNUNG?

**„Fürchte die Griechen, auch wenn sie Geschenke bringen“. Die Trojaner haben es auf die harte Tour lernen müssen. Wie heute jeder weiß, haben sie für den geschenkten Holzgaul schlussendlich sehr teuer bezahlen müssen.**

Eine ähnliche Skepsis sollte man an den Tag legen, wenn rührige Sozialpolitiker immer neue Leistungen unterstützen oder sogar selber ins Gespräch bringen. Astronomische Gehälterabschlüsse im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen. Weniger Wochenarbeitszeit dafür mehr Jahresurlaub und warum nicht, noch einen 10tägigen Vaterschaftsurlaub hinterher. Je mehr „sozialer“ Fortschritt umgesetzt wird umso schwerer haben es marketingorientierte Politiker da noch medienwirksam einen drauf zu setzen.

Die anstehenden Wahlen und die bange Frage nach dem eigenen politischen Fortbestand wirken in diesem Zusammenhang natürlich ganz besonders motivierend und phantasiefördernd.

Was hingegen komplett unter den Teppich gekehrt wird, ist die Tatsache, dass Sie und ich und mit uns sämtliche Steuer- und Beitragszahler für diese staatlichen Ausgaben im Endeffekt gerade stehen müssen. Es kann natürlich auch sein, dass einigen Politikern das Verständnis für solch offensichtliche Zusammenhänge einfach abhanden gekommen ist, und sie deshalb nicht thematisieren? Es ist jedenfalls schwer in diesem Durcheinander irgendeine Agenda zu erkennen.

So oder so. Für das Lohnabkommen im Gesundheitswesen (Lohnerhöhungen von teilweise 23 Prozent!) für das sich Gewerkschaften und Teile der Politik gerade so heftig auf die Schulter klopfen werden nicht die Leistungsträger (Krankenhäuser etc.) aufkommen, sondern die Beitragszahler und in einer zweiten Runde die Steuerzahler. Wehe also jenen Arbeitnehmern, deren Lohn nicht in erster Linie vom gewerkschaftlichen oder politischen Vorstellungsvermögen abhängt, sondern von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihres Arbeitgebers. Für sie riskiert Gesundheit und Pflege irgendwann zum unerschwinglichen Luxus zu werden. Für die Gewerkschaften ist es hingegen das Signal flächendeckend neue Lohnforderungen zu stellen, weil ja alles so teuer geworden ist. Und große Teile der Politik stehen Gewehr bei Fuß, um sich für die noch so abstrusesten Forderungen einspannen zu lassen, immer in der Hoffnung damit wahltechnisch punkten zu können.

Insgeheim besteht auch immer die Hoffnung, man könne die entstehenden Mehrkosten auf die Unternehmen abwälzen. Doch auch da sieht es schlecht aus. Die produktiveren Teile der Wirtschaft exportieren große Teile ihrer Gewinne an ihre Mutterhäuser im Ausland

und reagieren ohnehin sehr sensibel auf politisch angelegte Verschlechterungen der Wettbewerbsfähigkeit. Und bei den anderen Wirtschaftssektoren, die nicht ins Ausland auslagern können, sieht die Produktivität und Rentabilität doch eher bescheiden aus. Von der Tatsache, dass auch Unternehmen Mehrkosten nicht auf ewig über schwindende Margen abdecken können und an den Kunden weiterreichen müssen, ganz zu schweigen.

Unter dem Vorwand der zurzeit guten Konjunktur, treiben wir also massiv langfristige Kosten in die Höhe, von denen wir schlussendlich nicht so richtig wissen, wer die Rechnung denn bezahlen wird, wenn die Konjunktur, in ein paar Jahren, weniger prächtig daherkommt.

Der Vollständigkeit halber müssen wir hinzufügen, dass es tatsächlich auch Politiker gibt, die sich Gedanken machen und daran arbeiten, damit das Geld, das die Umverteilungsexperten ausgeben möchten auch irgendwie reinkommt. Doch die sind weit weniger zahlreich und agieren viel diskreter als ihre Kollegen.

Bleibt für die Politik die essentielle Frage, ob das Ganze denn wenigstens beim Wähler gut ankommt? Auch da besteht wenig Grund zur Hoffnung, wie es die stetig schlechten Umfragewerte für die Regierung erahnen lassen. Bei Gewerkschaften generieren erfüllte Forderungen nämlich keine Dankbarkeit oder Unterstützung, sondern nur neue Forderungen und auch den normalen Wählern scheint tatsächlich das Gefühl zu beschleichen, dass so viel „sozialer Fortschritt“ auf Pump zwangsläufig irgendwann ins eigene Portemonnaie oder sonst wo hin schlagen muss. Die Wähler haben nämlich die schlechte Angewohnheit weniger die Bilanz einer Regierung zu bewerten als die Fähigkeiten der Parteien Zukunft zu gestalten und abzusichern. Und da muss man nun wirklich weder Grieche noch Trojaner sein, um zu erkennen, dass das jetzige Gebaren nicht zukunftsfähig ist.



Fédération des Artisans

Christian REUTER | Secrétaire général adjoint

T +352 42 45 11 - 28 | E c.reuter@fda.lu | I www.fda.lu

